

Friedhelm Boll/Meik Woyke

»Mit uns zieht die neue Zeit!«

Sozialdemokratie ohne Utopie?

Auch mit Blick auf die in der Zukunft herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse gilt das Karl Valentin zugeschriebene Bonmot: »Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.« Gleichwohl war die Bedeutung von gesellschaftspolitischen Utopien für die SPD immer sehr hoch.

Das Erfurter Programm (1891) kleidete die Zukunftserwartungen in trockenes Programmdeutsch. Aber wer liest schon Parteiprogramme? Wichtiger als komplexe marxistische Gesellschaftsanalysen war August Bebels 1879 veröffentlichtes Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus*, in dem die Nöte des Proletarierlebens, insbesondere der Arbeiterfrauen, sehr konkret beschrieben und mit der sozialistischen Utopie der Harmonie kontrastiert wurden. Keiner schilderte die sozialen Notlagen seiner Zeit überzeugender: Zerrüttung der Familie, Abtreibungen, Frauenüberschuss, Prostitution, Mädchenhandel, die Lage der unehelichen Kinder und den Kampf der Frauen um Gleichstellung und Bildung. Der Sozialismus, als mit wissenschaftlichem Anspruch begründetes Leitbild, versprach dagegen eine Zukunft ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Bebel zielte ebenso wie seine utopischen beziehungsweise frühsozialistischen Vorgänger auf eine Gesellschaft der Gleichheit aller, in der Harmonie und Zufriedenheit herrschen – gerade auch in Bezug auf die Bedürfnisse der Frauen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sollte die Klassengegensätze auflösen, den Obrigkeitsstaat absterben lassen. Noch bis in die 1950er Jahre galt die Sozialisierung in der Tradition von Bebel als notwendige Voraussetzung für eine friedfertige Zukunft. Sein Buch war rasch zum Bestseller avanciert: Bereits fünf Jahre nach dem Erfurter Programm erlebte es die 25. Auflage. 1977 war der 64. Neudruck erreicht. Das im *J.H.W. Dietz-Verlag* ge-


Friedhelm Boll

(* 1945) ist Wissenschaftlicher Referent im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

friedhelm.boll@fes.de

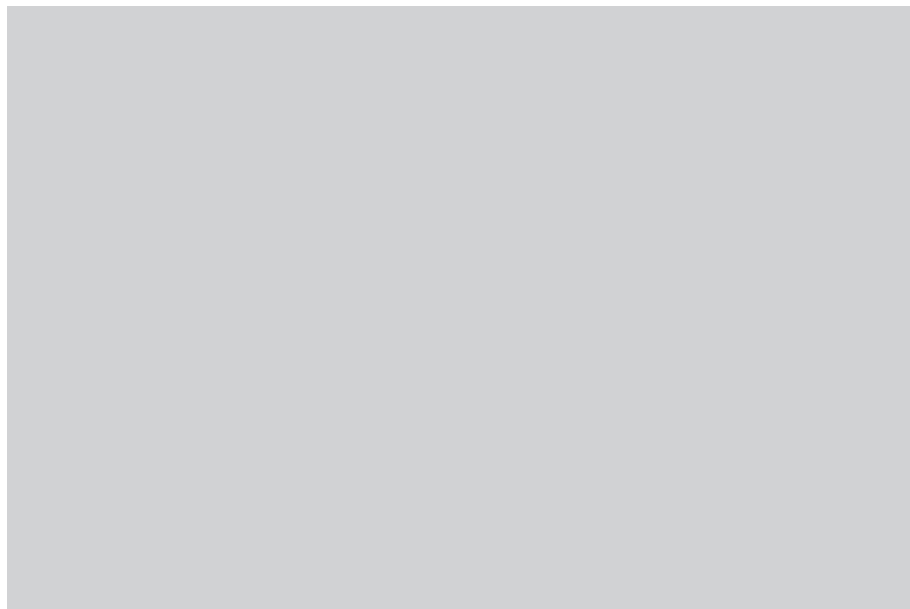

Meik Woyke

(* 1972) ist Wissenschaftlicher Referent im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

meik.woyke@fes.de

druckte Grundlagenwerk ist noch immer im Buchhandel erhältlich.

Seit dem 19. Jahrhundert pflegte die SPD ihr Image als die »Partei des kleinen Mannes«. Und sie war es tatsächlich. Bebel und andere sozialistische Theoretiker, nicht zuletzt Karl Kautsky und Eduard Bernstein, transportierten mit ihren angesichts der herrschenden sozialen Ungerechtigkeit formulierten Zukunftsentwürfen eine wichtige Botschaft: Mit der SPD wird die Zukunft auf jeden Fall besser sein als die Vergangenheit und Gegenwart, selbstverständlich auch für ihre weiblichen Mitglieder und Sympathisantinnen. »Mit uns zieht die neue Zeit!«, »Unsere Kinder werden es einmal besser haben.« Dies waren nicht nur Schlagworte, darin kulminierte kollektives Selbstbewusstsein. Ein so ge-



nanntes Lumpenproletariat sollte es nicht mehr geben, zumal es nur schwerlich politisch zu organisieren war. Der hiermit zum Ausdruck kommende Zukunftsoptimismus verband sich über Godesberg hinaus bis weit in die Regierungszeit von Helmut Schmidt mit der Garantie einer sozialstaatlichen Grundsicherung, die vor Armut und Perspektivlosigkeit schützte.

Nach dem Untergang des »Dritten Reichs« stellten gesellschaftspolitische Utopien allerdings zunächst ein Tabu-Thema dar. Ebenso wie planwirtschaftliche Ansätze wurden sie dem repressiven Instrumentarium totalitärer Einparteien-Diktaturen zugerechnet, vor allem der »realexistierende Sozialismus« in der DDR wirkte diskreditierend. Das machte es der SPD nicht leicht, sich den Bundesbürgern offensiv als politische Alternative anzubieten. Mit ihrem 1959 modernisierten Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus gab die Partei folgerichtig ihre Vergesellschaftungsforderungen auf, hielt jedoch an ihrer Zukunftsorientierung fest. Im Vordergrund stand nun ein aus den sozialdemokrati-

schen Grundwerten abgeleitetes Handlungsprogramm für einen überschaubaren historischen Zeitraum, gleichsam eine konkrete Utopie, die trotz aller Negativerfahrungen und gesellschaftlicher Risiken von einem prinzipiellen Fortschrittsoptimismus getragen wurde.

Ab den 60er Jahren erlebte die Bundesrepublik eine regelrechte Planungseuphorie. Die Zukunft schien dank technologischer Innovationen vorhersagbar zu sein, ökonomische Prosperität war vermeintlich beliebig herbeizuführen. Zu Beginn der sozial-liberalen Koalition fungierte das Kanzleramt faktisch als Bundesplanungszentrale (*Michael Ruck*). *Der Spiegel* porträtierte 1971 den Amtschef Horst Ehmke in einer Titelgeschichte als »Der Macher«, aus dessen Kopf sich Lochstreifen wanden. Infolge des ersten Ölpreis-Schocks 1973/74 wurden die schon früher vom *Club of Rome* angemahnten »Grenzen des Wachstums« jedoch offensichtlich. Der sozialdemokratische Interventions- und Zukunftssicherungsstaat geriet in eine tiefe Krise.

Heute spielen Utopien in der SPD al-

lenfalls eine untergeordnete Rolle. Die Frage muss erlaubt sein, ob das sozialstaatliche Zukunftsvertrauen mit der *Agenda*-Politik von Gerhard Schröder verloren ging. Für die von der Sozialdemokratie geprägte Arbeiterbewegung war die Grenze zwischen unterer Mittelschicht und der abgehängten Unterschicht, für die eigene Berufstätigkeit keine reale Perspektive mehr bildet, immer eine zentrale, mental und emotional äußerst wichtige Scheidelinie. Mit der *Agenda*-Politik ist diese Grenze durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe weitestgehend aufgehoben worden. Die lebenserhaltende Grundsicherung, wenngleich auf abgesehenem Niveau, besteht als hochzuschätzende sozialstaatliche Errungenschaft weiterhin, aber der Absturz in Armut und Perspektivlosigkeit wurde zu einer realen Bedrohung, gerade für diejenigen, die sich bisher durch körperliche Arbeit erhalten konnten. Nicht die Sozialhilfeempfänger wurden auf die Stufe der unteren Mittelschicht gehoben, vielfach ist – selbst für nur temporär Arbeitslose – ein gegenläufiger Prozess zu befürchten.

Die SPD gilt nicht mehr per se als die Partei, die eine bessere Zukunft insbeson-

dere für unterprivilegierte Schichten garantiert. Fraglos: Ein neues »Wirtschaftswunder« ist kaum zu erwarten, es gibt kein Zurück in die im Nachhinein als golden empfundenen 60er und frühen 70er Jahre. Die Herausforderungen der Gegenwart sind vielschichtig und so schwierig wie nie zuvor. Gerade deshalb wäre die SPD gut beraten, sich auf die Bedeutung von gesellschaftspolitischen Utopien zu besinnen. Der Partei fehlt ein umfassender, für weite Teile der Bevölkerung anschlussfähiger Zukunftsentwurf, der keine uneinlösbaren Wohltaten verspricht, dem Sozialstaat aber wieder mehr Gewicht beimisst. Bislang erinnerten die Reformbestrebungen der SPD allzu oft an Stückwerk-Technik. Gebraucht wird stattdessen ein klares Gestaltungsziel, um die Zukunft als sozialdemokratischen Möglichkeitsraum zurückzugewinnen. Welche Modelle hierfür infrage kommen, sollten Sozialwissenschaftler entscheiden. Die Planungen müssten europäisch ausgerichtet sein, sozialstaatliche Lösungen anderer Länder (z.B. Schwedens) aufgreifen und die Perspektive einer engen Kooperation sozialdemokratischer Parteien einbeziehen. Heute vermissen das Viele an der Sozialdemokratie.

Michael Dauderstädt

Eine Zukunft für Soziale Demokratie

Die Wege zu einem sozialen Deutschland im Jahr 2020 sind auch die Wege aus der aktuellen Wirtschaftskrise. Das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) versucht, die Richtung aufzuzeigen.

Nachdem 2006 die Prekariatsstudie der FES ein beunruhigendes Ausmaß an sozialer Spaltung und politischer Frustration in Deutschland belegt hatte, beschloss die FES, mit einem Zukunftsprojekt Wege zur Überwindung dieser gesellschaftlichen Schieflage aufzuzeigen. Eine Vielzahl von Forschungsvorhaben und Veranstal-



Michael Dauderstädt

(* 1947) ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

michael.dauderstaedt@fes.de